



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2012

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2012 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 9. November 2011

Einleitung	3
Bundeskanzlei	4
Departement für auswärtige Angelegenheiten.....	6
Departement des Innern.....	12
Justiz- und Polizeidepartement	17
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	20
Finanzdepartement.....	22
Volkswirtschaftsdepartement.....	26
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	31

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422-4518
Art.-Nr. 104.614.D

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente umfasst nicht nur die eigenen Ziele, sondern sie muss auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr einbeziehen. Für die Ziele der Departemente sind diese selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu differenzieren – und vor allem umzusetzen – oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung spiegelt sich auch in der Form wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2012 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2012 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2013 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2012

Bundeskanzlei

Ziel 1: Effektive und effiziente Unterstützung des Bundesrates in seiner politischen Planung

- ▶ Die Botschaft zur Legislaturplanung 2011–2015 ist im Januar 2012 verabschiedet.*
- ▶ Das Konzept für die «Krisenkommunikation» ist in der ersten Jahreshälfte 2012 erarbeitet, genehmigt und die Umsetzung eingeleitet.
- ▶ Das erweiterte Controlling der Aufträge des Bundesrates ist eingeführt und der Bundesrat wird ab 2012 monatlich über den Vollzug informiert.
- ▶ Die langfristige Strategie zur Entwicklung der politischen Rechte in der Schweiz ist in der ersten Jahreshälfte 2012 erarbeitet und wird als Basis für die Totalrevision der gesetzlichen Grundlagen verwendet.
- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte wird in der zweiten Jahreshälfte 2012 verabschiedet.*
- ▶ Die mittelfristige Strategie zur Weiterentwicklung des Vernehmlassungsrechts ist in der ersten Jahreshälfte 2012 erarbeitet und wird als Basis für die Entscheidfindung im Bundesrat verwendet.

Ziel 2: Effiziente, prozess- und zielgerichtete Aufgabenerfüllung unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung der Amts- und Landessprachen

- ▶ Das Aussprachepapier zur Revision des Publikationsgesetzes wird dem Bundesrat in der ersten Jahreshälfte 2012 vorgelegt, und die Vernehmlassungsvorlage ist in der zweiten Jahreshälfte 2012 genehmigt.*
- ▶ Die Berichterstattung zu den Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Kommissionen für die Amtsperiode 2012 bis 2015 ist dem Bundesrat in der ersten Jahreshälfte 2012 zur Verabschiedung unterbreitet.
- ▶ Die qualitativen und quantitativen Ziele der Bundeskanzlei zur Umsetzung der Sprachenverordnung sind in der ersten Jahreshälfte 2012 erarbeitet und genehmigt sowie in der zweiten Jahreshälfte 2012 umgesetzt.
- ▶ Das politische System der Schweiz, die Funktionsweise der Regierung sowie die Mitbestimmungsrechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden in internationalen Gremien sowie beim diplomatischen Corps vorgestellt.

- Ziel 3:** Ziel- und fachgerechte Umsetzung der strategischen Projekte unter Berücksichtigung der Grundsätze von HERMES sowie technischer Entwicklungen
- ▶ Die definierten Projekte des ersten Modernisierungsschrittes des Informatik-Systems des Kompetenzzentrums Amtliche Veröffentlichungen (KAV) sind umgesetzt.
 - ▶ Die Erneuerung der technischen Instrumente der politischen Rechte (PORE) ist in der zweiten Jahreshälfte 2012 abgeschlossen.
 - ▶ Bis Ende 2012 liegt ein Entwurf für den dritten Bericht an den Bundesrat über die Auswertungen anlässlich der Nationalratswahlen 2011 samt Homologation und Empfehlungen für den zukünftigen Einsatz von Vote électronique vor.*
 - ▶ Das Programm «GEVER Bund» ist bis Ende 2012 abgeschlossen, und die Berichterstattung an den Bundesrat ist erfolgt. Die elektronische Geschäftsverwaltung für die überdepartementalen Prozesse ist in der ersten Jahreshälfte 2012 eingeführt, die Verantwortlichkeiten zur Weiterführung mit den Departementen sind geklärt und die Linienverantwortlichkeiten in der BK erarbeitet und genehmigt.
 - ▶ Die Erneuerung des Schweizer Portals «ch.ch» ist bis Ende 2012 abgeschlossen.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Stärkung des Verhältnisses der Schweiz zur EU

- ▶ Die anstehenden Verhandlungen mit der EU sind soweit möglich aufgenommen worden.*
- ▶ Die Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Produktesicherheit und Gesundheit sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich der Energie sind weitergeführt worden.
- ▶ Die Verhandlungen zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit (REACH und CLP) sind aufgenommen.*
- ▶ Die Verhandlungen über eine Teilnahme der Schweiz am Satellitennavigationssystem GNSS (GALILEO/EGNOS) sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Verhandlungen über eine Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Botschaft zum bilateralen Kooperationsabkommen Schweiz-EU im Bereich Wettbewerb ist verabschiedet.*
- ▶ Die Gespräche mit der EU über gewisse Aspekte der Unternehmensbesteuerung («ring fencing») sind weitergeführt und konkretisiert.*
- ▶ Sollte ein entsprechendes Begehren von der EU gestellt worden sein, sind die Gespräche zu einer allfälligen Revision der Zinsbesteuerung aufgenommen worden.*
- ▶ Die Verhandlungen betreffend die Teilnahme der Schweiz als Beobachterin am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sind abgeschlossen.
- ▶ Die Verhandlungen über ein Administrativabkommen über die Modalitäten der Teilnahme der Schweiz an der IT-Agentur sind abgeschlossen.
- ▶ Die Bedingungen für eine allfällige Beteiligung der Schweiz am EU-Kulturprogramm 2014–2020 sind abgeklärt worden.*
- ▶ Die Kommunikationsstrategie der Schweiz gegenüber den EU-Institutionen in Brüssel ist weitergeführt worden.
- ▶ Der Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union ist auf Projektebene vollständig verpflichtet.
- ▶ Der Bericht über Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe in Erfüllung der Mo. APK-S 10.3005 ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die bestehenden Verträge werden weiter konsolidiert und ausgebaut: Anhang II zum Personenfreizügigkeitsabkommen ist definitiv angenommen und implementiert. Die Anhänge IV (Pflanzenschutz) und V (Futtermittel) des Agrarabkommens sind angepasst.

Ziel 2: Stärkung und Ausbau der Beziehungen und politischen Kontakte in Europa

- ▶ Die Beziehungen zu den europäischen Staaten sind weiter intensiviert.*
- ▶ Die Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind verbessert; Lösungsvorschläge für die Beseitigung von Entwicklungshemmnissen sind identifiziert.
- ▶ Die Beziehungen mit Russland sind in den vom Bundesrat in seiner Strategie definierten Bereichen weiter vertieft.*
- ▶ Die Beziehungen mit der Türkei sind weiter ausgebaut.*
- ▶ Die Beziehungen zu Staaten in Konflikt- und Spannungsgebieten (Westbalkan, Südkaukasus, Zentralasien) sind intensiviert.
- ▶ Der Europarat und die OSZE werden vermehrt als Plattformen für die ausserpolitische Einflussnahme genutzt.

Ziel 3: Stärkung und Ausbau der Beziehungen und politischen Kontakte in Asien/Ozeanien

- ▶ Die politische Zusammenarbeit mit den Regionalmächten (u.a. China, Japan, Indien) ist durch zielgerichtete politische und thematische Dialoge gestärkt.*
- ▶ Die Schweiz hat ihre Präsenz und ihr Engagement in den Foren, wo Mitgliedschaft (Pakistan und Afghanistan: Friends of Democratic Pakistan, International Contact Group) oder institutionelle Beziehungen bestehen (ASEAN), gestärkt.
- ▶ Die Kandidatur der Schweiz für die Mitgliedschaft im Asia-Europe-Meeting (ASEM) wurde erfolgreich begleitet, und Kontakte zu weiteren Organisationen (South Asian Association for Regional Cooperation in Südasiens und Pacific Island Forum in der Pazifikregion) sind lanciert.

Ziel 4: Stärkung und Ausbau der Beziehungen und politischen Kontakte in der Region Nord-, Mittel- und Südamerika

- ▶ Die Zusammenarbeit mit den USA ist auf neue Themen erweitert, und die Kooperation in Bereichen von gemeinsamem Interesse ist gestärkt.*
- ▶ Die Schweiz hat ihre Anliegen in Sachen globaler Gouvernanz im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit den G-20-Mitgliedern der Region wirkungsvoll geltend gemacht.
- ▶ Das Engagement zugunsten von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten ist auch in Zusammenarbeit mit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gestärkt.
- ▶ Die Aktivitäten zur Armutsreduktion und zur Stärkung der staatlichen Institutionen, namentlich in Zentralamerika, sind intensiviert.

Ziel 5: Verbesserung der Beziehungen und der politischen Kontakte in Afrika und im Nahen Osten

- ▶ Neue Möglichkeiten zur proaktiven Zusammenarbeit mit den Regierungen, die in Nordafrika und dem Nahen Osten aus dem Übergang zur Demokratie hervorgegangen sind sowie mit neuen Akteuren in der Region, sind definiert.*
- ▶ Die Schweiz hat ihre integrierte Strategie für Nordafrika und den Nahen Osten konsolidiert und ihr Programm zur Unterstützung des Übergangs zur Demokratie, der Wirtschaft, des Migrationsmanagement, und der Entwicklung in dieser Region umgesetzt.
- ▶ Möglichkeiten zur Annäherung an afrikanische Regionalgremien, die sich mit den Prozessen beim Übergang zur Demokratie und der Entwicklungsförderung in afrikanischen Staaten befassen sowie zur Schaffung von Synergien, sind geprüft.

Ziel 6: Förderung von Frieden und menschlicher Sicherheit

- ▶ Die Strategie für Afrika südlich der Sahara 2009 ist revidiert.
- ▶ Die Strategie für die Region der Grossen Seen (2009–2012) ist im Hinblick auf deren Weiterführung 2012–2015 im Sinne eines konsolidierten und integrierten Engagements der Schweiz weiterentwickelt.
- ▶ Möglichkeiten für ein nachhaltiges Engagement am Horn von Afrika bzw. im Südsudan/Sudan unter Nutzung des Mehrwerts, den die Aussenpolitik der Schweiz bieten kann, sind identifiziert.
- ▶ Die Schweiz hat ihren zweiten Länderbericht für die universelle periodische Überprüfung im Menschenrechtsrat termingerecht eingereicht und das Länderexamen in Genf absolviert.*
- ▶ Die Schweiz hat ihre Aktivitäten im Bereich der guten Dienste und der Mediation ausgebaut. Sie hat die personellen und finanziellen Ressourcen für diese friedensfördernden Aktivitäten erhöht.
- ▶ Die Schweiz hat entscheidend zur Bekämpfung der Straflosigkeit und zur Prävention von Kriegsgräueln und Völkermord beigetragen, insbesondere mit Initiativen im Rahmen der Vereinten Nationen und der Beratung von einzelnen Regierungen.
- ▶ Die Migrationsstrategie 2012–2014 des EDA ist verabschiedet.

Ziel 7: Engagement der Schweiz zugunsten der Menschenrechte und des Völkerrechts

- ▶ Die Vernehmlassung für eine formelle Gesetzesgrundlage zur vorsorglichen Blockierung von Vermögenswerten von politisch exponierten Personen ist eröffnet.*
- ▶ Die Botschaft zum Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zum Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ist eröffnet.*
- ▶ Der kombinierte zweite, dritte und vierte Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes ist verabschiedet.
- ▶ Der dritte Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten ist verabschiedet.
- ▶ Der kombinierte siebte, achte und neunte Bericht der Schweiz zur Umsetzung des Übereinkommens vom 21. Dezember 1965 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung ist verabschiedet.
- ▶ Im Rahmen ihrer Teilnahme am neuen «Global Counter-Terrorism Forum» (GCTF) fördert die Schweiz die Umsetzung der Globalen Strategie der UNO zur Bekämpfung des Terrorismus und setzt sich dafür ein, dass auch in diesem Rahmen die Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung gewahrt werden.

Ziel 8: Stärkung der Rolle der Schweiz in internationalen Organisationen und als Gaststaat

- ▶ Die Schweiz hat die Präsidentschaft der Gipfelkonferenz der Frankophonie sowie die damit verbundene Präsidentschaft der politischen Kommission des Ständigen Rates erfolgreich und zur Zufriedenheit der Mitgliedstaaten ausgeübt. Sie hat den Umsetzungsprozess der von den Staats- und Regierungschefs am Gipfel von Montreux eingegangenen Verpflichtungen aktiv unterstützt.
- ▶ Die Schweiz hat aktiv an der Rio+20-Konferenz teilgenommen und das Konzept der «grünen Wirtschaft» als Beitrag zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung und der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit (inkl. Genderdimension) propagiert.
- ▶ Das 10-Jahr Jubiläum des Schweizer UNO-Beitritts wurde genutzt, um der interessierten Öffentlichkeit sowohl die UNO an sich wie auch die UNO-Politik der Schweiz näher zu bringen.
- ▶ Die Vertretung der Schweiz in den Repräsentativ- und Leitungsorganen der internationalen Organisationen sowie in den Sekretariaten der UNO und in anderen internationalen Organisationen wurde ausgebaut. Die Kampagnen zur Unterstützung der Schweizer Kandidaturen sind unter Einbezug der Schweizer Botschaften durchgeführt worden.*
- ▶ Der einmalige Beitrag der Schweiz zur Renovation des Palais des Nations in der Höhe von 50 Millionen Franken ist investiert, und die vier Millionen Franken, die jährlich zur Förderung der Universalität des internationalen Genf eingesetzt werden sollen, sind gesprochen.

Ziel 9: Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit, der Ostzusammenarbeit und der humanitären Hilfe

- ▶ Die Botschaft über die Internationale Zusammenarbeit 2013–2016 und die entsprechenden Rahmenkredite sind verabschiedet.*
- ▶ Die Ziele im Hinblick auf die Erhöhung des BNE-Anteils der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) auf 0,5 % bis 2015 sind erreicht.
- ▶ Die Schweiz hat sich aktiv an der internationalen Diskussion über die Armutsbekämpfung beteiligt und insbesondere ihre Position zur Weiterführung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) nach 2015 festgelegt.
- ▶ Die Globalprogramme der internationalen Zusammenarbeit haben mit der Umsetzung von innovativen Projekten und der Beeinflussung der internationalen Politik und der internationalen Standards einen Beitrag zum globalen Risikomanagement und zur Armutsbekämpfung geleistet.
- ▶ Massnahmen zur Verbesserung der Kohärenz zwischen Entwicklungspolitik und anderen Politikbereichen des Bundes (Migration, Finanzen/Steuern, Handel, Landwirtschaft usw.) sind umgesetzt.
- ▶ Die nationalen Kapazitäten für die Prävention sowie das Risikomanagement vor und den Wiederaufbau nach Krisen (Konflikten, Naturkatastrophen) in den Partnerländern sind dank der Beiträge der DEZA an fragile oder instabile Länder verbessert.

Ziel 10: Stärkung des schweizerischen Engagements im Bereich der Abrüstung und Non-Proliferation

- ▶ Die Schweiz intensiviert ihre Bemühungen, die immer noch bestehende Legitimität von Nuklearwaffen in Frage zu stellen, um mittelfristig Fortschritte im Bereich der nuklearen Abrüstung zu erzielen.
- ▶ Die Schweiz beteiligt sich aktiv an den Bemühungen zur Reform der Abrüstungsmechanismen und trägt insbesondere zum Schutz und zur Positionierung von Genf in diesem Tätigkeitsbereich bei.
- ▶ Bei Verhandlungen über einen Staatsvertrag zum Waffenhandel setzt sich die Schweiz für die Verabschiedung eines robusten Instruments ein, das alle konventionellen Waffentypen und alle Arten des Transfers umfasst und auf erschöpfenden Kriterien beruht.
- ▶ Die Schweiz engagiert sich im internationalen Dialog über die europäische Sicherheitsarchitektur.

Ziel 11: Stärkung des Einflusses auf die G20 und im Internationalen Währungsfonds

- ▶ Die Schweiz pflegt einen aktiven Austausch mit der aktuellen und zukünftigen G20-Präsidentschaft und nimmt an thematischen G20 Seminaren teil.
- ▶ Die Schweiz hat sich für die Stärkung der 3G (Global Governance Group) eingesetzt und thematische Schwerpunkte festgelegt.
- ▶ Folgeentscheide zur Stärkung der Stimmrechtsgruppe im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbankgruppe sind getroffen.*

Ziel 12: Förderung der Sichtbarkeit und Positionierung der Schweiz im Ausland

- ▶ Die Kreditbotschaft zur Schweizer Teilnahme an der Weltausstellung 2015 Mailand ist verabschiedet.*
- ▶ Das Image der Schweiz in den Medien von Ländern, die für die Schweiz von strategischer Bedeutung sind, wird laufend überwacht und analysiert.
- ▶ Die sozialen Medien und deren Auswirkungen auf die Aussenpolitik der Schweiz werden von den verschiedenen betroffenen Diensten integriert und genutzt.
- ▶ Das House of Switzerland an den Olympischen Spielen in London 2012 hat ein grosses Medienecho generiert und zum guten Image der Schweiz beigetragen.
- ▶ Die Schweiz hat sich 2012 an der Weltausstellung von Yeosu in Südkorea als innovatives und vielfältiges Land präsentiert.
- ▶ Der Bundesrat hat eine Aussprache über die Ausgestaltung des Aussennetzes geführt und die Grundzüge der künftigen Ausgestaltung beschlossen.*

Ziel 13: Konsolidierung und Ausbau der konsularischen Geschäftstätigkeit

- ▶ Die Zusammenarbeit mit mehreren Staaten in der konsularischen Geschäftstätigkeit ist konsolidiert.
- ▶ Der Ausbau der Bürger-Helpline auf einen 24/7-Betrieb ist abgeschlossen.
- ▶ Ein Schengen Common Visa Application Center ist in Betrieb genommen worden.

Departement des Innern

Ziel 1: Weiterentwicklung der Regelungen im Bereich der Humanmedizin

- ▶ Der Vernehmlassungsbericht zur Änderung von Artikel 119 Bundesverfassung und des Fortpflanzungsmedizingesetzes hinsichtlich der Zulassung der Präimplantationsdiagnostik ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die Anhörung zu den Ausführungsbestimmungen zum Humanforschungsgesetz ist eröffnet.
- ▶ Der Vernehmlassungsbericht zur Revision des Medizinalberufegesetzes ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*

Ziel 2: Förderung der Gesundheit und Prävention*

- ▶ Die Botschaft zur ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes (2. Etappe) ist verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier ist verabschiedet.
- ▶ Der Vernehmlassungsbericht zur Revision des Transplantationsgesetzes (Regelung hinsichtlich der Zuteilung von Organen zu Transplantationszwecken) ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.
- ▶ Der Vernehmlassungsbericht zum Vorentwurf des Bundesbeschlusses mit erläuterndem Bericht zur Ratifikation der Medicrime-Konvention ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.
- ▶ Die Vernehmlassung zur bundesgesetzlichen Regelung der Registrierung von Krebs und anderen Diagnosen ist eröffnet.
- ▶ Der Beschluss des Bundesrates über die Verlängerung der drei nationalen Präventionsprogramme (Tabak, Alkohol, Ernährung und Bewegung) 2013–2016 liegt vor.
- ▶ Der Bericht zum Gefährdungspotential von Internet und Online Games (in Erfüllung des Po Forster 09.3521) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht zu den beschlagnahmten Drogengeldern für die Suchtrehabilitation (in Erfüllung des Po SGK-N 10.3007) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht über die Organspende (in Erfüllung der Postulate Favre 10.3711, Gutzwiller 10.3703 und Amherd 10.3701) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht zum Anstieg der Kaiserschnittgeburten (in Erfüllung des Po Maury Pasquier 08.3935) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht zur Zukunft der Psychiatrie (in Erfüllung des Po Stähelin 10.3255) ist verabschiedet.

Ziel 3: Förderung von Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen

- ▶ Die Vernehmlassung zur Konkretisierung der nationalen Qualitätsstrategie ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat über wesentliche Eckwerte wie Ziele, methodische Arbeitsweise, Trägerschaft und Finanzbedarf einer Health Technology Assessment Agentur (HTA) eine Aussprache geführt und über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat über die Wirkungen der Massnahmen zur Senkung der Medikamentenpreise sowie über die Vor- und Nachteile eines Festbetrags-Systems eine Aussprache geführt. Er hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Der Bericht zur Umsetzung der Pflegefinanzierung ist verabschiedet.

Ziel 4: Sanierung und Sicherung der Sozialwerke*

- ▶ Der Bericht zur Zukunft der 2. Säule ist verabschiedet.
- ▶ Die für die anstehende AHV-Revision geplanten Forschungsarbeiten werden abgeschlossen. Der Bundesrat legt im zweiten Halbjahr 2012 das weitere Vorgehen und die Eckwerte der kommenden Revision fest.

Ziel 5: Förderung von Bildung, Forschung und Innovation

- ▶ Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2013–2016 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Finanzierung der im Rahmen der Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen als von hoher wissenschaftlicher Relevanz identifizierten Vorhaben ist gesichert.
- ▶ Eine neue Serie von nationalen Forschungsprogrammen betreffend Energiepolitik ist durch den Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Die Grundvoraussetzungen für die Sicherstellung einer qualitativ hoch stehenden gymnasialen Bildung sind geklärt.
- ▶ Die inhaltlichen Schwerpunkte für die Behandlung des Themas der gymnasialen Bildung im Rahmen der Bildungsberichterstattung sind festgelegt.
- ▶ Die Interessen der Schweiz sind an der Bologna-Ministerkonferenz von Ende April 2012 erfolgreich eingebracht.
- ▶ Die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Schweiz an den «Future and Emerging Technologies» (FET)-Flaggschiff-Initiativen sowie die dafür notwendigen finanziellen Mittel sind gesichert.*
- ▶ Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU 2014–2020 («Education Europe») ist erarbeitet; ein entsprechendes Verhandlungsmandat ist verabschiedet, und die offizielle Teilnahme der Schweiz an den laufenden EU-Programmen ist evaluiert.*
- ▶ Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz am Forschungsrahmenprogramm der EU 2014–2020 («Horizon 2020») ist erarbeitet; ein entsprechendes Verhandlungsmandat ist verabschiedet, und die Erneuerung des Abkommens ist vorbereitet.*
- ▶ Im Hinblick auf die Ratssitzung der Europäischen Weltraumorganisation ESA auf Ministerebene ist die Position der Schweiz zu den Entwürfen zu politischen Resolutionen und Programmausschreibungen im europäischen Raumfahrtbereich festgelegt.
- ▶ Der Bericht zu den Ergebnissen der Aufgabenüberprüfung «Massnahme Ressortforschung» und der Bewertung von Umsetzungsvarianten zur Priorisierung im Bereich der Ressortforschung des Bundes ist verabschiedet.

Ziel 6: Förderung von Kinder- und Jugendpolitik

- ▶ Die Verordnung zum revidierten Kinder- und Jugendförderungsgesetz ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht über die Sicherstellung der Finanzierung von Pro Juventute für die «Beratung und Hilfe 147» (in Erfüllung der Postulate Schmid-Federer 10.4018 und Fiala 10.3994) ist verabschiedet.*

Ziel 7: Entwicklung einer kohärenten Familienpolitik*

- ▶ Der Entscheid des Bundesrates über das weitere Vorgehen betreffend Harmonisierung der Alimentenbevorschussung liegt vor.
- ▶ Der Bericht über Koordinationsmassnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in der Familie (in Erfüllung des Postulats Fehr Jacqueline 07.3725) ist verabschiedet.

Ziel 8: Bekämpfung der Armut in der Schweiz*

- ▶ Ein Paket mit kurz-, mittel- und langfristig zu verfolgenden und umzusetzenden Massnahmen für eine gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung liegt vor.
- ▶ Der Bericht über Schwelleneffekte und deren Auswirkungen im System der sozialen Sicherheit (in Erfüllung des Postulats Hêche 09.3161) ist verabschiedet.

Ziel 9: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in den Fachbereichen Arbeit und Häusliche Gewalt

- ▶ Ein Projekt für die KMU zur Förderung der Gleichstellung und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in Zusammenarbeit mit dem SECO entwickelt.
- ▶ Die volkswirtschaftlichen Kosten von Gewalt in Paarbeziehungen sind im Rahmen einer Studie erhoben.

Ziel 10: Optimierung von Rahmenbedingungen kultureller Institutionen

- ▶ Der Vernehmlassungsbericht zur Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat beschliesst das weitere Vorgehen hinsichtlich der zukünftigen Rechts- und Organisationsform des Schweizerischen Filmarchivs.

Ziel 11: Stärkung und Optimierung der Bundesstatistik

- ▶ Die Verordnungen, die sich auf das Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober 1992 stützen, insbesondere die Statistikerhebungsverordnung und die Verordnung über das Betriebs- und Unternehmensregister (BUR), sind überprüft und die sich daraus ergebenden Änderungen verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum statistischen Mehrjahresprogramm 2011–2015 verabschiedet.*

Ziel 12: Operationelle Einführung des Zentralen Orientierungspunktes («Single Point of Orientation» SPO)

- ▶ Die Einführung des Zentralen Orientierungspunktes für den Nachweis von amtlichen Dokumenten ist dem Bundesrat beantragt.*

Ziel 13: Reform von MeteoSchweiz

- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung des Eidgenössischen Instituts für die Meteorologie und Klimatologie ist verabschiedet.*
- ▶ Die ersten Schritte (Strategie, erste Phase der Organisationsanpassung und Leistungsangebot) im Hinblick auf die Ausgliederung der MeteoSchweiz in die dezentrale Bundesverwaltung sind umgesetzt.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Asylgesetzes (umfassende Neustrukturierung des Asylbereichs gemäss Bericht des EJPD vom März 2011 über Beschleunigungsmassnahmen im Asylbereich) ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Umsetzung der Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht «Personenfreizügigkeit und Zuwanderung» (in Erfüllung der Po. 09.4311 Bischof und 09.4301 Girod sowie der Mo. 10.3721 Brändli) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zu integrationsrechtlichen Neuerungen und der Verankerung der Integration in Spezialgesetzen Kenntnis genommen und die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Im Rahmen der Weiterführung des Integrationsdialogs ist das entsprechende Arbeitsprogramm der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) gemeinsam mit den TAK-Partnern konkretisiert und mindestens ein thematischer Dialog (Arbeitsleben, Frühförderung/Gesundheit, Kultur/Religion oder Integration vor Ort) ist durchgeführt.
- ▶ Die Verhandlungen betreffend die Teilnahme der Schweiz als Beobachterin am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sind abgeschlossen. Aufgabe des EASO ist es, die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in Asylfragen zu fördern. Das EASO arbeitet als selbstständige europäische Agentur eng mit den zuständigen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten zusammen, aber auch mit dem UNHCR, der EU-Agentur für Grundrechte, der Europäischen Kommission und mit der Grenzschutzagentur FRONTEX.
- ▶ Verstärkte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten irregulärer Migration: Der Migrationsdialog mit Tunesien, der Türkei, Sri Lanka und Georgien ist im Gang und die Zusammenarbeit ist formalisiert (MoU/Abkommen).
- ▶ Reintegrations- und Capacity building-Projekte in Herkunftsstaaten von Asylbewerberinnen und -bewerbern sind durchgeführt.
- ▶ Projekte zur Intensivierung der Migrationskooperation sind identifiziert und angelaufen (Silk Route, Integrated Border Management (IBM), etc.).
- ▶ Verhandlungen über eine engere Dublin-Zusammenarbeit mit Italien sind weiter fortgeschritten.
- ▶ Der Bundesrat hat das Notfallkonzept Asyl genehmigt.
- ▶ Die Umsetzungsarbeiten zur Implementierung des Notfallkonzepts Asyl werden gemäss Zeitplan bearbeitet (gesetzgeberische Arbeiten, Vereinfachung (kantonaler) Bewilligungsverfahren, Vereinbarungen mit Partnern (Private, Kantone, VBS), etc.).

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes sowie des Jugendstrafgesetzes (Änderungen des Sanktionenrechts) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafraumen im Strafgesetzbuch, im Militärstrafgesetz und im Nebenstrafrecht Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Strafregisterrechts Kenntnis genommen und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat auf Basis des Berichts zum Postulat Malama (10.3045 «Innere Sicherheit. Klärung der Kompetenzen») über das weitere Vorgehen betreffend das Bundesgesetz über die polizeilichen Aufgaben des Bundes (PolAG) entschieden.*
- ▶ Die Botschaft zur Änderung der Bundesverfassung, des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzes und des Jugendstrafgesetzes (Tätigkeitsverbot sowie Kontakt- und Rayonverbot) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Verordnung zum Bundesgesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz ist vom Bundesrat gutgeheissen.¹
- ▶ Die zur Umsetzung des UN-Feuerwaffenprotokolls und des Marking- and Tracing-Instrumentes angepassten Verordnungen sind vom Bundesrat gutgeheissen.²
- ▶ Der Bundesrat hat die Strategie zur integrierten Grenzverwaltung verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum Bundesgesetz über die von der Schweiz aus im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*

¹ Die Massnahme ist abhängig vom Abschluss der Parlamentsberatungen zum entsprechenden Gesetz.

² Die Massnahme ist abhängig vom Abschluss der Parlamentsberatungen zum entsprechenden Gesetz.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

- ▶ Die Vernehmlassung zu einer Vorlage betreffend die Zusammenarbeit in Verwaltungssachen mit ausländischen Behörden ist eröffnet.*
- ▶ Die Botschaft zum Vertrag mit Kosovo über die Überstellung verurteilter Personen ist verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch («Lanzarote-Konvention») ist verabschiedet.*
- ▶ Die der Schweiz notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.
- ▶ Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm): Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen mit Blick auf die allfällige Aufnahme von Verhandlungen mit der EU (Prüm) und den USA (Prüm-like) entschieden.
- ▶ Der Bundesrat hat das revidierte Polizeikooperationsabkommen Schweiz–Österreich–Liechtenstein genehmigt.
- ▶ Der Bundesrat hat die Evaluation des Polizeikooperationsabkommens mit Italien zur Kenntnis genommen und gegebenenfalls über die Weiterentwicklung des Vertrags entschieden.

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt*

- ▶ Die Vernehmlassung zum Unterhalts- und Betreuungsrecht (Teilrevision des Zivilgesetzbuchs) ist eröffnet.
- ▶ Der Bundesrat hat spätestens 1 Jahr nach der Volksabstimmung über den Gegenentwurf «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» über das weitere Vorgehen bei der Revision des Lotteriegengesetzes sowie eventuelle Anpassungen an der Spielbankengesetzgebung entschieden.

Ziel 5: Staatliche Institutionen

- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» ist verabschiedet.*
- ▶ Umwandlung des Bundesamts für Metrologie (METAS) in das Eidgenössische Institut für Metrologie: Das neue Eidgenössische Institut für Metrologie ist betriebsbereit.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Obligationenrechts (Verjährungsrecht) Kenntnis genommen und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.*

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Voraussetzungen zur Umsetzung des Armeeberichts 2010

- ▶ Die notwendigen Konzepte zur Umsetzung des Armeeberichts sind, gestützt auf die Eckwerte bzw. Vorgaben des Parlaments, erarbeitet.
- ▶ Die Eckwerte bzw. Vorgaben des Parlaments zum Armeebericht 2010 sind in der Armeepanung, der Rüstungsplanung, der Immobilienplanung und Immobilienbotschaft sowie bei der Beschaffung des Tiger Teilersatzes berücksichtigt.

Ziel 2: Planung Einsätze der Armee*

- ▶ Die Botschaft zu den Bundesbeschlüssen über die Einsätze der Armee zur Unterstützung ziviler Behörden ist verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft über den Einsatz der Armee zur Unterstützung der Sicherheit des «World Economic Forum» (WEF) 2013–2015 ist verabschiedet.

Ziel 3: Umsetzung der Verbesserungsmassnahmen in der Informatik VBS (IKT VBS)

- ▶ Die IKT Betriebskosten sind nachweislich gesenkt, die IKT Strategie ist erarbeitet, und die neu definierten Führungsprozesse sind etabliert.

Ziel 4: Strategie des Bundes gegen Cyber Bedrohungen

- ▶ Der Bericht zu einem nationalen Sicherheitskonzept Cyber-Defense ist verabschiedet.*
- ▶ Die Umsetzung der im Rahmen des nationalen Sicherheitskonzepts für Cyber-Defense beauftragten Massnahmen hat planmässig begonnen.

Ziel 5: Strategie «Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» und Sicherheitsverbund Schweiz

- ▶ Der Bericht «Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» ist verabschiedet und von beiden Kammern des Parlaments behandelt worden.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum Stand der Arbeiten Nationale Gefährdungsanalyse «Risiken Schweiz» zur Kenntnis genommen.*
- ▶ Der Bundesrat hat zur Nationalen Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (SKI) Stellung genommen und über die weiteren in diesem Bereich zu treffenden Massnahmen entschieden.*
- ▶ Das Konsenspapier ABC Schutz ist verabschiedet.
- ▶ Der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) ist weiterentwickelt und gefestigt. Der Delegierte von Bund und Kantonen hat seine Tätigkeit aufgenommen.

Ziel 6: Sportförderungsgesetz

- ▶ Das Sportförderungsgesetz und die Vollzugserlasse sind in Kraft gesetzt.

Ziel 7: Kandidatur Olympische Winterspiele 2022

- ▶ Die interdepartementale Arbeitsgruppe unter der Leitung des Bundesamtes für Sport hat die Rahmenbedingungen einer allfälligen Kandidatur der Schweiz analysiert und zu Händen des Bundesrats beurteilt.

Ziel 8: Nachrichtendienstgesetz (NDG)

- ▶ Die Botschaft zu einem Nachrichtendienstgesetz (NDG) ist verabschiedet.*

Ziel 9: Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit II (BWIS II)

- ▶ Die notwendigen Massnahmen (Anpassungen von Verordnungen, Weisungen und Organisationsvorschriften) für die Umsetzung von BWIS II sind getroffen und vom Bundesrat genehmigt.

Ziel 10: Bericht Informationssystem Innere Sicherheit (ISIS)

- ▶ Die Massnahmen aufgrund des ISIS Berichtes sind umgesetzt.

Finanzdepartement

Ziel 1: Optimierung der IKT-Steuerung und Führung auf Stufe Bund³

- ▶ Der Bundesrat übt die strategische Informatiksteuerung auf Stufe Bund aus, auf Basis der von ihm verabschiedeten IKT-Strategie und eines daraus abgeleiteten strategischen IKT-Portfoliomanagements und -Controllings.*
- ▶ Die bisherigen IKT-Querschnittsleistungen werden vom EFD (ISB) als IKT-Standarddienste geführt. Das EFD (ISB) definiert gemäss der IKT-Strategie Bund weitere IKT-Standarddienste sowie deren Marktmodelle und legt sie dem Bundesrat zum Entscheid vor.

Ziel 2: Programm Büroautomation Bund

- ▶ Der Standardarbeitsplatz ist bis Mitte 2012 in allen Departementen und in der Bundeskanzlei eingeführt und das Programm Büroautomation Bund damit abgeschlossen.
- ▶ Die Büroautomationsstrategie für die Jahre 2012–2016 ist verabschiedet.

Ziel 3: E-Government Schweiz⁴

- ▶ Der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz beschliesst einen Aktionsplan zur gezielten Förderung von E-Government Vorhaben mit breiter Wirkung auf allen föderalen Ebenen. Erste Massnahmen sind umgesetzt.*
- ▶ Der Bund nimmt eine stärkere Führungsrolle im E-Government ein. Er beschliesst vermehrt Rahmenbedingungen und Vorgaben für eine schweizweite Umsetzung von E-Government. Er treibt die priorisierten Vorhaben der nationalen Strategie, für die der Bund federführend ist, voran.

³ Dieses Ziel setzt voraus, dass der Entwurf vom Juli 2011 für die neue BinfV ohne grundlegende Änderungen bis Ende 2011 verabschiedet wird. Zudem besteht ein Zusammenhang mit der IKT-Strategie Bund 2012–2015, die im Bundesrat bis Dezember 2011 zur Verabschiedung vorgelegt wird.

⁴ Dieses Ziel setzt voraus, dass der Entwurf vom Juni 2011 für die neue Rahmenvereinbarung Bund-Kantone ohne grundlegende Änderungen bis Ende 2011 verabschiedet wird.

Ziel 4: Standortattraktivität und Stabilität des Finanzplatzes sind gewährleistet

- ▶ Der Bundesrat hat den Stand der Umsetzung der insgesamt 25 Massnahmen der Finanzmarktstrategie überprüft und in der zweiten Jahreshälfte 2012 darüber informiert.*
- ▶ Die mit der TBTF-Gesetzesvorlage (Stärkung der Stabilität im Finanzsektor) verbundenen Verordnungen, Eigenmittelverordnung und Bankverordnung sind bis Mitte 2012 eingeführt.*
- ▶ Die bisher initiierten Umsetzungsarbeiten von «Basel III» im Bereich Eigenmittelvorschriften sind bis Ende 2012 abgeschlossen.*
- ▶ Ein Mechanismus der frühzeitigen Marktanalyse und Marktüberwachung ist entwickelt, um die Kapazitäten zur Früherkennung von Krisen sowie die Krisenresistenz zu stärken.
- ▶ Mit weiteren Staaten sind Verhandlungen betreffend eine Quellensteuer und einen verbesserten Marktzugang für Schweizer Finanzdienstleister aufgenommen.*
- ▶ Die Umsetzung der schweizerischen Politik betreffend den Informationsaustausch wird weitergeführt.*

Ziel 5: Die Attraktivität und die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Steuersystems sind gestärkt*

- ▶ Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur Unternehmenssteuerreform III.
- ▶ Die Gespräche mit der EU über gewisse Aspekte der Unternehmensbesteuerung («ring fencing») sind weitergeführt und konkretisiert.
- ▶ Sollte ein entsprechendes Begehren von der EU gestellt worden sein, sind die Gespräche zu einer allfälligen Revision der Zinsbesteuerung aufgenommen worden.
- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zur Beseitigung der Heiratsstrafe und Erzielung ausgewogener Belastungsrelationen bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung ist eröffnet.
- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des eidgenössischen Steuerstrafrechts ist eröffnet.

Ziel 6: Die Schweiz hat ihren Einfluss in multilateralen Institutionen (G20, Bretton Woods Institutionen) gefestigt und die politische Vernetzung im Finanzbereich ausgebaut*

- ▶ Folgeentscheide zur Stärkung der Stimmrechtsgruppe im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbankgruppe sind getroffen.
- ▶ Die Stellung der Schweiz im Financial Stability Board (FSB) ist gestärkt.
- ▶ Der Bundesrat hat die Aufnahme von weiteren Finanzdialogen mit massgebenden Ländern der G20 genehmigt.

Ziel 7: Integrität des Finanzsystems ist gestärkt*

- ▶ Der Bundesrat hat weitere Partner für ein Quellenbesteuerungsabkommen evaluiert und gegebenenfalls Verhandlungen aufgenommen.
- ▶ Der Bundesrat erteilt das Mandat zur Genehmigung der Verhandlungsergebnisse betreffend die revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière (GAFI).
- ▶ Eine Gesetzesvorlage über die Umsetzung der revidierten GAFI-Empfehlungen wird ausgearbeitet, namentlich die Verankerung von Steuerdelikten als Vortaten zur Geldwäscherei, die Einführung von Massnahmen zur Schaffung von Transparenz bei Aktiengesellschaften (Inhaberaktien).

Ziel 8: Wahrung des Gleichgewichts des Bundeshaushalts

- ▶ Der Bundesrat trifft einen Grundsatzentscheid über die ausgabenpolitischen Prioritäten in den nächsten acht bis zehn Jahren.*

Ziel 9: Weiterentwicklung der ergebnisorientierten Verwaltungsführung

- ▶ Die Arbeiten an der Detailkonzeption des neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (NFB) sind so weit fortgeschritten, dass sie dem Bundesrat im ersten Quartal 2013 unterbreitet werden kann.

Ziel 10: Ökologisierung des Steuersystems

- ▶ Der Bericht zur Ökologisierung des Steuersystems (in Erfüllung der Mo. Studer 06.3190) ist verabschiedet.*

Ziel 11: Botschaften zu Volksinitiativen und Berichte in Erfüllung von Postulaten*

- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes» ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Der Bericht zur Dualen Einkommenssteuer (in Erfüllung des Po. Sadis 06.3042) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht zu Steuerausfällen aufgrund Steuerbefreiung von Start-up-Unternehmen (in Erfüllung des Po. Darbellay 09.3935) ist verabschiedet.
- ▶ Der Bericht Bericht zu steuerlichen Fördermassnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung (in Erfüllung des Po. WAK-N 10.3894) ist verabschiedet.

Ziel 12: Erneuerung Leistungsauftrag BIT

- ▶ Der FLAG-Leistungsauftrag des BIT für die Periode 2013–2015 ist vom Bundesrat verabschiedet.

Ziel 13: Umsetzung der «Personalstrategie Bundesverwaltung 2011–2015»*

- ▶ Die standardisierte Zeitwirtschaft für das Bundespersonal ist eingeführt.
- ▶ Der Grundlagenwechsel in der beruflichen Vorsorge des Bundespersonals ist vollzogen.
- ▶ Die Grundanforderungen für Kader der Bundesverwaltung sind definiert und die Umsetzung in der Kaderentwicklung in Planung.
- ▶ Das Kompetenzmodell der Bundesverwaltung ist aktualisiert.

Ziel 14: Beteiligung der Schweiz an der Stärkung der Schengen-Aussengrenzkontrollen

- ▶ Die EZV bzw. das GWK hat sich an Operationen der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex beteiligt.*

Volkswirtschaftsdepartement

Ziel 1: Die schweizerische Wirtschaft ist durch bestmögliche Rahmenbedingungen gefestigt und wächst weiterhin*

- ▶ Die strategischen Ziele der Wachstumspolitik 2012–2015 sind genehmigt.
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Landesversorgungsgesetzes ist eröffnet.
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Kartellgesetzes ist verabschiedet.

Ziel 2: Eine weitgehende hohe Erwerbsbeteiligung wird gesichert

- ▶ Massnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Milderung einer schweren Rezession aufgrund einer internationalen Finanz- und Währungskrise werden vorbereitet und falls nötig ausgelöst.
- ▶ Das Konzept zur Umsetzung der Fachkräfteinitiative ist genehmigt.
- ▶ Das Bundesgesetz über die Anpassung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die Weiterbildung ist verabschiedet.*

Ziel 3: Die Aussenwirtschaftsstrategie der Schweiz ist weiterentwickelt

- ▶ Die Schweizer Aussenwirtschaftsstrategie ist vertieft und im Rahmen des Aussenwirtschaftsberichtes 2011 genehmigt.*
- ▶ Die Freihandelspolitik ist durch Ausbau und Verstärkung des Netzes von Freihandelsabkommen intensiviert, u.a.:*
 - ▶ Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien ist unterzeichnet und die Botschaft dazu verabschiedet.*
 - ▶ Die Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen Schweiz-China befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium.*
 - ▶ Die Verhandlungen über die EFTA-Freihandelsabkommen mit den Staaten der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan sowie mit Indonesien befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium.*
- ▶ Der Schutz schweizerischer Investitionen im Ausland wird durch die Neuverhandlung bilateraler Investitionsschutzabkommen gestärkt.

Ziel 4: Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist gestärkt

- ▶ Die anstehenden Verhandlungen mit der EU sind soweit möglich aufgenommen worden.*
- ▶ Die Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Produktesicherheit und Gesundheit sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Verhandlungen im Bereich der Energie sind weitergeführt worden.
- ▶ Die Verhandlungen zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit (REACH und CLP) sind aufgenommen.*
- ▶ Die Verhandlungen über eine Teilnahme der Schweiz am Satellitennavigationssystem GNSS (GALILEO/EGNOS) sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Verhandlungen über eine Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind weitergeführt worden.*
- ▶ Die Botschaft zum bilateralen Kooperationsabkommen Schweiz-EU im Bereich Wettbewerb ist verabschiedet.*
- ▶ Die Gespräche mit der EU über gewisse Aspekte der Unternehmensbesteuerung («ring fencing») sind weitergeführt und konkretisiert.*
- ▶ Sollte ein entsprechendes Begehren von der EU gestellt worden sein, sind die Gespräche zu einer allfälligen Revision der Zinsbesteuerung aufgenommen worden.*
- ▶ Die Verhandlungen betreffend die Teilnahme der Schweiz als Beobachterin am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sind abgeschlossen.
- ▶ Die Verhandlungen über ein Administrativabkommen über die Modalitäten der Teilnahme der Schweiz an der IT-Agentur sind abgeschlossen.
- ▶ Die Bedingungen für eine allfällige Beteiligung der Schweiz am EU-Kulturprogramm 2014–2020 sind abgeklärt worden.*
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die vorherige Meldung im Rahmen der Dienstleistungserbringung ist genehmigt.
- ▶ Die Kommunikationsstrategie der Schweiz gegenüber den EU-Institutionen in Brüssel ist weitergeführt worden.
- ▶ Der Bericht über Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe in Erfüllung der Mo. APK-S 10.3005 ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die bestehenden Verträge werden weiter konsolidiert und ausgebaut: Anhang II zum Personenfreizügigkeitsabkommen ist definitiv angenommen und implementiert. Die Anhänge IV (Pflanzenschutz) und V (Futtermittel) des Agrarabkommens sind angepasst.

- Ziel 5: Die Schweiz führt die wirtschaftliche Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit weiter**
- ▶ Die Botschaft über die Internationale Zusammenarbeit 2013–2016 und die entsprechenden Rahmenkredite sind verabschiedet.*
 - ▶ Die Ziele im Hinblick auf die Erhöhung des BNE-Anteils der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) auf 0,5% bis 2015 sind erreicht.
 - ▶ Die Globalprogramme der internationalen Zusammenarbeit haben mit der Umsetzung von innovativen Projekten und der Beeinflussung der internationalen Politik und der internationalen Standards einen Beitrag zum globalen Risikomanagement und zur Armutsbekämpfung geleistet.
 - ▶ Massnahmen zur Verbesserung der Kohärenz zwischen Entwicklungspolitik und anderen Politikbereichen des Departements sind umgesetzt.
- Ziel 6: Die Schweiz hat ihren Einfluss in multilateralen Institutionen (G20, Bretton Woods Institutionen) gefestigt***
- ▶ Folgeentscheide zur Stärkung der Stimmrechtsgruppe im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Weltbankgruppe sind getroffen.
 - ▶ Die aktive Positionierung zur G20-Agenda wird bekräftigt, und ein MOU zur Aufnahme weiterer Finanzdialoge mit G-20 Ländern wird genehmigt.
- Ziel 7: Die Agrarpolitik entwickelt sich in Richtung einer integralen Politik für die Land- und Ernährungswirtschaft**
- ▶ Die Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik und zu einem Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2014–2017 ist verabschiedet.*
 - ▶ Die Verhandlungen im Rahmen der WTO, des Abkommens mit der EU über die Bereiche Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Produktesicherheit und Gesundheit sowie im Rahmen von bilateralen Freihandelsabkommen mit Ländern ausserhalb der EU werden so geführt, dass nach erfolgreichen Abschlüssen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft gestärkt wird.
- Ziel 8: Die Versorgung der Schweiz mit Energie und natürlichen Ressourcen ist langfristig gesichert**
- ▶ Die Rohstoffstrategie des EVD im Bereich der seltenen Metalle und Mineralien wird umgesetzt.*

Ziel 9: Die Schweiz pflegt eine optimale Raum- und Bodennutzung und sorgt für einen wirksamen Kulturlandschutz

- ▶ Die Agrarpolitik 2014–2017 unterstützt einen umfassenden Schutz des Kulturlandes.
- ▶ Das EVD schlägt weitere Massnahmen vor.

Ziel 10: Die hohe Qualität und der international gute Ruf des schweizerischen Hochschulsystems und der Forschung sind gewährleistet

- ▶ Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2013–2016 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz am Forschungsrahmenprogramm der EU 2014–2020 («Horizon 2020») ist erarbeitet; ein entsprechendes Verhandlungsmandat ist verabschiedet, und die Erneuerung des Abkommens ist vorbereitet.*
- ▶ Der Bericht zu den Ergebnissen der Aufgabenüberprüfung «Massnahme Ressortforschung» und der Bewertung von Umsetzungsvarianten zur Priorisierung im Bereich der Ressortforschung des Bundes ist verabschiedet.

Ziel 11: Die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen ist verbessert

- ▶ Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU 2014–2020 («Education Europe») ist erarbeitet; ein entsprechendes Verhandlungsmandat ist verabschiedet, und die offizielle Teilnahme der Schweiz an den laufenden EU-Programmen ist evaluiert.*
- ▶ Die Änderung der Berufsbildungsverordnung zur Höheren Berufsbildung ist gutgeheissen.
- ▶ Die Verordnung über den nationalen Qualifikationsrahmen (VO-NQF, Arbeitstitel) ist gutgeheissen.

Ziel 12: Die Tiergesundheit, der Tier- und der Artenschutz werden gefördert

- ▶ Der Aktionsplan zur «Tiergesundheitsstrategie Schweiz 2010 plus» ist planmässig umgesetzt, und ein strategisches Projekt zum Aufbau der Früherkennung von neu- und wiederauftretenden Krankheiten wird gestartet.
- ▶ Auf der Basis der Lehren aus der nationalen Krisenübung zum Ausbruch einer hochansteckenden Tierseuche sind die erforderlichen Massnahmen zur Stärkung der Krisenvorsorge in die Wege geleitet.
- ▶ Die Anhörung zur Revision der Tierschutzverordnung ist durchgeführt.
- ▶ Die Anhörung zur gestützt auf das neue Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten revidierten Ausführungsbestimmungen ist durchgeführt.

Ziel 13: Die Reorganisation der Departemente wird erfolgreich umgesetzt

- ▶ **Der Bundesratsbeschluss zur Zusammenführung des Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereichs im EVD ist mehrheitlich umgesetzt.***
- ▶ **Der Transfer des Bundesamts für Veterinärwesen ins EDI ist vorbereitet.**
- ▶ **Der Transfer des Integrationsbüros ins EDA ist vorbereitet.**

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

- Ziel 1:** Die Versorgung der Schweiz mit Energie ist gesichert. Die Energiestrategie 2050 ist konkretisiert und der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie in die Wege geleitet*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050 ist eröffnet.
 - ▶ Der Bericht über das erschlossene und zukünftige Potential der einzelnen Teilbereiche der Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Energien und über die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ist genehmigt.
- Ziel 2:** Die Schweiz trägt zur Eindämmung des Klimawandels und dessen Folgen bei*
- ▶ Je nach Verhandlungsverlauf wird der Bundesrat Botschaften zu einer allfälligen Ratifikation eines Nachfolgeabkommens zum Kyoto-Protokoll und eines bilateralen Vertrags mit der EU im Bereich Emissionshandel verabschieden.
 - ▶ Die Koordination der sektoralen Aktionspläne zur Anpassung an die Klimaänderung in der Schweiz ist erfolgt.
- Ziel 3:** Optimale Raum- und Bodennutzung für einen wirksamen Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz
- ▶ Die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012–2015 ist verabschiedet und leistet einen wesentlichen Beitrag zur UNO-Konferenz über nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro vom Juni 2012.*
 - ▶ Die Strategie Biodiversität Schweiz ist genehmigt.*
 - ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (2. Etappe) ist eröffnet.*
 - ▶ Das Raumkonzept ist als Orientierungsrahmen für die raumwirksamen Tätigkeiten des Bundes verabschiedet.
 - ▶ Der Massnahmenplan zur Umsetzung der Waldpolitik 2020 ist erarbeitet.*

Ziel 4: Sicherstellung der Finanzierung und des Ausbaus der Bahninfrastruktur

- ▶ Die Botschaft zur Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» und zur Finanzierung und dem Ausbau der Bahninfrastruktur FABI (direkter Gegenentwurf) ist vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Die Ausbautvorhaben der Bahninfrastruktur mit wesentlichen Auswirkungen auf Raum und Umwelt sind in den Sachplan Verkehr aufgenommen.
- ▶ Die Botschaft zur Leistungsvereinbarung Bund-SBB für die Jahre 2013–2016 und für die Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für die Jahre 2013–2016 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über die Lärmsanierung der Eisenbahnen ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung betreffend Bau und Finanzierung eines Schienen-Korridors mit 4m-Eckhöhe für den Güterverkehr auf der Gotthard-Achse ist eröffnet.*

Ziel 5: Weiterführung der strukturellen Reformen im Bahnbereich

- ▶ Der Bericht der unabhängigen Expertengruppe zur künftigen Organisation der Bahninfrastruktur in der Schweiz wird zur Kenntnis genommen.
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Arbeitszeitgesetzes ist eröffnet.
- ▶ Die Vernehmlassung über Fan-Extrazüge zur Eindämmung der Auswirkungen gewaltbereiter und gewalttätiger Fussballfans im öffentlichen Verkehr ist eröffnet.*
- ▶ Die Vollzugsbestimmungen zur Bahnreform 2.2 sind beschlossen.

Ziel 6: Sicherstellung der Funktionalität des Nationalstrassennetzes

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz und zur Finanzierung der Anpassungen ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels einen Vorschlag für einen Grundsatzentscheid unterbreitet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zum 2. Programm Engpassbeseitigung ist vorbereitet.

Ziel 7: Substanzerhaltung und Ausbau des Nationalstrassennetzes

- ▶ Die Unterhaltsplanung des Nationalstrassennetzes wurde überprüft und optimiert.
- ▶ Die Massnahmen zur Verbesserung der Verträglichkeit und Sicherheit (z.B. Lärmschutz, Tunnelsicherheit, Schwerverkehrskontrollzentren, Wildquerungen usw.) sind festgelegt.

Ziel 8: Strassenverkehrssicherheit und Erhöhung der Verträglichkeit des Strassenverkehrs

- ▶ Die Verordnungen zur Umsetzung von Via sicura sind erarbeitet.
- ▶ Die Totalrevision der Signalisationsverordnung ist vorbereitet.

Ziel 9: Luftfahrtpolitik: Sicherstellen einer optimalen Anbindung der Schweiz an die europäischen und weltweiten Zentren

- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision II des Luftfahrtgesetzes ist durchgeführt.*
- ▶ Die Eckwerte für eine Lösung betreffend Anflugverfahren Zürich mit Deutschland sind festgelegt, und ein gemeinsam ausgearbeiteter Vertragsentwurf liegt vor.
- ▶ Das Objektblatt für den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt SIL-Zürich ist genehmigt.

Ziel 10: Die Schweiz nutzt die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien

- ▶ Die Strategie des Bundesrates zur Informationsgesellschaft Schweiz ist aktualisiert und genehmigt.*
- ▶ Grundlagen für eine möglichst flächendeckende Erschliessung des Landes mit Hochbreitbanddiensten sind bereitgestellt.
- ▶ Der ergänzende Bericht zur Evaluation des Fernmeldemarktes ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes betreffend ein neues System für die Erhebung der Radio- und Fernsehgebühren ist verabschiedet.*

